Freie Demokraten
FDP Essen

Essen braucht Zukunftssicherheit

Das Essener Bürgerprogramm 2025

Essen ist das Herz des Ruhrgebiets. Wir wollen den Pulsschlag erhöhen und dies nicht mit Phrasen und ideologischen Entscheidungen, sondern mit einer verantwortungsvollen Politik für die Bürgerinnen und Bürger. Die FDP steht für machbaren Fortschritt, insbesondere bei der Sicherheit, Wirtschaft, Mobilität und Bildung.

Essen muss lebenswert und Taktgeber für die Region sein, in der sich die Menschen wohlfühlen. Wir versprechen keine unrealistischen Luftschlösser, wollen aber den benötigten Fortschritt mitgestalten und da anpacken, wo es dringend notwendig ist.

I.	Mehr Sicherheit, Rechtsstaat und Begrenzung der Migration	3
II.	Für Wohlstand, erfolgreiche Wirtschaft und solide Finanzen	6
III.	Für selbstbestimmte und individuell bedarfsgerechte Mobilität	13
IV.	Beste Bildung schafft Zukunftschancen	16
V.	Kultur, Sport und Naturschutz für eine lebenswerte Stadt	20
	Impressum	26

I. Mehr Sicherheit, Rechtsstaat und Begrenzung der Migration

Sicherheit erhöhen, Ordnungsdienst stärken, Angsträume beseitigen

Für uns Freie Demokraten steht außer Frage, dass Sicherheit im öffentlichen Raum Voraussetzung für individuelle Freiheit und gesellschaftliches Miteinander ist. Das subjektive **Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen**, ist das Ziel der FDP, denn nur so ist ein unbeschwertes Leben in unserer Stadt möglich. Auch wenn die Stadt nur ganz geringen Einfluss auf die Polizeistärke nehmen kann, gilt es, mit Nachdruck auf die spezifischen Probleme und Strukturen hinzuweisen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Essener Polizeibehörde die aktuelle Form ihrer Flächenstruktur überdenkt und die in den letzten Jahren in den Stadtteilen geschlossenen Polizeiwachen wieder aktiviert. Die Verlagerung von Polizeidienststellen in Randbezirke ist nicht bürgernah. Die Präsenz der Sicherheitskräfte muss materiell vor Ort verstärkt werden. Das zwischenzeitlich stark abhanden gekommene subjektive Sicherheitsgefühl muss der Bevölkerung durch die sichtbare Präsenz von Sicherheitskräften wiedergegeben werden. In unserer Stadt darf es keine **„No-Go-Areas“** geben.

Dem Bedürfnis der Bürger nach subjektiver und objektiver Sicherheit muss die Stadt durch eine verstärkte Zusammenarbeit der eigenen Verwaltungsbereiche, wie der Ausländerbehörde, dem Jugendamt, dem Gesundheitsamt und beispielsweise auch dem Kommunalen Integrationszentrum nachkommen. Hier gilt es, insbesondere alle Möglichkeiten der Prävention auszuschöpfen, um Zustände wie im Bereich der vor Ort ansässigen Großfamilien zurückzudrängen und keine neuen kriminellen Strukturen entstehen zu lassen oder vorhandene resignativ hinzunehmen. Die FDP fordert eine **rigorose Bekämpfung der Clan-Kriminalität und ihrer illegalen Geschäftsfelder.**

Neben offen illegalen Aktivitäten (wie beispielsweise Rauschgifthandel, Glücksspiel, Menschenhandel, Raub, Körperverletzung, Erpressung oder Sozialleistungsbetrug) betreiben kriminelle Clan-Mitglieder auch nach außen scheinbar legalen Geschäften (wie Autohandel, Shishabars, Barbershops, Sicherheitsdienste oder Schlüsseldienste), häufig mit dem Ziel zu betrügen, Geld zu waschen oder als Tarnung für kriminelle Vorhaben. Diesen Entwicklungen gilt es zeitnah mit allen Mitteln und aller **Konsequenz des Rechtsstaates** unter Einhaltung einer **Null-Toleranz-Strategie** entgegenzuwirken. Daher sind der 360°-Ansatz und die ebenenübergreifende Kooperationen von Sicherheitsbehörden, Zoll und Steuerfahndung fortzusetzen und konsequent auszubauen. **Die FDP lehnt als Rechtsstaatspartei eine Paralleljustiz entschieden ab**. In Essen darf nicht das Gesetz von Clans und sogenannten Friedensrichtern gelten, sondern allein das Gesetz des Staates, das es durchzusetzen gilt.

Zusätzlich fordern wir den weiteren **Ausbau des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)**. Dieser muss so aufgestellt sein, dass operativ einsetzbare, voll ausgebildete Bedienstete in einem Dienstbetrieb eingebunden sind, der auch die kritischen Abendstunden umfasst. Ziel muss sein, alle Stadtteile in Essen zu den relevanten Zeiten zu bestreifen. Es darf keine Bereiche in der Stadt geben, in denen Rechtsverstöße nicht geahndet werden oder die aufgrund von möglichen Bedrohungen der Ordnungskräfte von diesen gemieden werden. Um die **telefonische Erreichbarkeit des KOD zu optimieren**, bedarf es der Einführung einer einprägsamen und kurzen Rufnummer, wie zum Beispiel **88-8888.**

Zudem muss sich der Kommunale Ordnungsdienst verstärkt der immer wieder anzutreffenden wilden **Müllkippen** auf den Wegen und in den Grünanlagen zuwenden, die Verursacher ermitteln und einer konsequenten Ahndung zuführen. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Überwachung der Sauberkeit und Ordnung in den vielen Parkanlagen und im Bereich der ausgedehnten Grünflächen zu legen. In diesem Zusammenhang sind auch die Essener Entsorgungsbetriebe (EBE) gefordert. Es müssen Möglichkeiten

gefunden werden, ohne weitere Belastung der Gebührenzahler die Stadt schnell und nachhaltig von wilden Müllablagerungen zu befreien. Aktionen wie „Essen bleibt sauber“ müssen intensiviert werden, **Straßenreinigungseinsätze** neben den üblichen Intervallen dürfen keine Ausnahme bleiben.

In der Stadt Essen muss für mehr Sicherheit und die **Beseitigung von Gefahrenpunkten** sowie für eine **bessere Beleuchtung** von Straßen und Wegen gesorgt werden. Noch immer gibt es im Stadtgebiet öffentliche Bereiche, in denen sich die Bürger unwohl fühlen und diese mit Angst betreten. Wir setzen uns dafür ein, dass in Zusammenarbeit mit der Polizei Orte identifiziert und durch bauliche Maßnahmen verändert werden. **Angsträume darf es in Essen nicht geben.** Zudem gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die den offenen, illegalen Drogenhandel und -konsum gerade im Innenstadtbereich (zum Beispiel in Parkhäusern) konsequent, langfristig und nachhaltig zu beseitigen. Bisher getroffene Maßnahmen reichen bei Weitem nicht aus. Wir tolerieren keinesfalls, dass auf Kinderspielplätzen und Schulhöfen Drogen konsumiert werden und dass Verbrauchsmaterial in Kinderhände gelangt. Regelmäßige Kontrollen sind notwendig, um diese **Gefahrenstellen zu beseitigen.**

Wir wollen dem punktuellen **Verfall der Stadtinfrastruktur** und ihrer Bausubstanz mit konstruktiven Ideen und unter Mitwirkung von privaten Investoren **entgegenwirken**. Die Allgemeingültigkeit der „Broken Windows Theorie“ darf sich in unserer Stadt nicht bestätigen.

Eine zeitnahe Beseitigung von Graffiti im öffentlichen Raum halten wir für unumgänglich, um einer fortschreitenden Verwahrlosung von Quartieren entgegenzutreten. Obwohl von Seiten der Stadt erste Maßnahmen getroffen wurden, sind diese nach wie vor unzureichend. Insbesondere Schmierereien mit Beleidigungen, Verunglimpfungen und der Aufruf zu Straftaten müssen schnellstmöglich entfernt werden. Hierzu sind zusätzliche Finanzmittel im Stadthaushalt bereit zu stellen.

Wir wollen neue Technologien nutzen, um datenschutzkonform und unter Wahrung der individuellen Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts den öffentlichen Raum sicherer und sauberer zu machen. **KI-gestützte Technologien** können hier einen effektiven und effizienten Beitrag leisten.

Weitere wesentliche **Bestandteile der Sicherheitsstruktur** sind die Berufsfeuerwehr, die freiwillige Feuerwehr, das Technische Hilfswerk und die vielen Rettungsdienste, die unschätzbare Leistungen zum Wohle der Bevölkerung erbringen. Hier setzen wir auf die Stärkung des Ehrenamtes einerseits und die im Zuständigkeitsbereich der Kommune liegende materielle Ausstattung ihrer Rettungskräfte anderseits. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich diese immer auf dem höchsten technischen Niveau befindet.

Ganz besonders ist es uns jedoch wichtig, und das gilt über alle vorgenannten Bereiche hinweg, dass Beschäftigte vor allem im Bereich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die ihnen gebührende **Wertschätzung und den Schutz** erfahren und keinen Anfeindungen oder Bedrohungen ausgesetzt werden. Wer Einsatzkräfte physisch angreift oder diskreditiert, stellt sich außerhalb der demokratischen Solidargemeinschaft und muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden.

Integration und Migration im Einklang mit dem Rechtsstaat und unseren freiheitlich-demokratischen Werten – Für eine neue Realpolitik ohne Überforderung unserer Bevölkerung und der städtischen Infrastruktur

Die FDP setzt sich für eine konsequente **Begrenzung der illegalen und irregulären Migration** ein. Das Asylrecht tatsächlich politisch Verfolgter nach Artikel 16a des Grundgesetzes gilt es dabei zu wahren. Darüber hinaus ist bis zu einer erfolgreichen Wirksamkeit des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) die Migration nach Deutschland auf den Zuzug qualifizierter und von unserem Arbeitsmarkt tatsächlich benötigter Fachkräfte zu begrenzen. Die FDP wird bis auf Weiteres aufgrund der aktuellen Notlage bezüglich der Inneren Sicherheit, der Überlastung des Sozialsystems und der Infrastruktur unseres Landes alle

Handlungsmöglichkeiten nutzen, um **reine Armutszuwanderung und Einwanderung unter Missachtung der Rechtsordnung konsequent zu unterbinden.**

Der Abbau der illegalen und irregulären Migration wird eine beträchtliche Entlastung bei den derzeit gewährten Sozialleistungen zur Folge haben, ebenso bei den sonstigen Belastungen, die derzeit vor allem vor Ort getragen werden.

Eine illegale wie irreguläre Migration muss konsequent mit allen staatlichen Mitteln verhindert und bekämpft werden. Die mit illegaler und irregulärer Migration verbundenen Herausforderungen benötigen einen erheblichen Ressourceneinsatz, **zum Beispiel bei der kommunalen Ausländerbehörde und der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB)** des Landes in Essen. Aus diesem Grund möchten wir uns dafür einsetzen, dass Strukturen geschaffen werden, welche die zuständigen Behörden in die Lage versetzen, schnelle Entscheidungen zu treffen, um so anerkannten Migranten Bleibeperspektiven aufzuzeigen oder Ausreisepflichtige zur freiwilligen Ausreise zu bewegen bzw. ansonsten unverzüglich abzuschieben. Um dies gewährleisten zu können, bedarf es einer personellen und sachgerechten, modernen Ausstattung der Fachbereiche. Wir fordern Bund und Land auf, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die originären Aufgaben erfüllt werden können, insbesondere durch Entlastung der Haushalte und der Unterstützung für die Umsetzung der dringend erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen und irregulären Migration. Wir stehen dafür ein, dass **alle rechtswidrigen Aktivitäten konsequent verfolgt werden** und eine Ausweisung nach sich ziehen müssen.

Essen blickt auf eine lange Geschichte der Einwanderung zurück. Von den Gastarbeitern der Nachkriegszeit bis hin zu den heutigen Zuwanderern prägt Migration unsere Stadt. Doch **Integration gelingt nur dann, wenn klare Regeln gelten.** Der Erwerb der deutschen Sprache bleibt dabei der zentrale Schlüssel. Angesichts der aktuellen Herausforderungen gilt es, Migration vernünftig zu managen, um eine **Überforderung der Stadt und ihrer Bürger zu vermeiden.** Deutschkenntnisse sind die Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg, den Einstieg in den Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe. Daher setzen wir uns für eine stärkere Sprachförderung ein. Es ist unerlässlich, dass alle Menschen, die zu uns kommen, so früh wie möglich die deutsche Sprache erlernen. Nur so können wir sicherstellen, dass sie sich in unsere Gesellschaft integrieren und sich aktiv an ihr beteiligen. Ergänzend hierzu sollten Sport- und Kulturangebote helfen, die Integration zu erleichtern. Außer dem Spracherwerb ist auch die Integration in den Arbeitsmarkt erforderlich.

Der brutale Terrorangriff auf Israel durch die Hamas im Jahr 2023 und die darauffolgenden Spannungen haben auch in Essen zu einer Zunahme **antisemitischer Gewalt** und Hetze geführt. Aufmärsche islamistischer Gruppen, die durch Essen gezogen sind und offen nach einem Kalifat gerufen haben, sind für uns unerträglich. Die Sicherheit des jüdischen Lebens in Essen hat für uns Priorität. Zusätzlich sollen Aufklärungsarbeit und Bildungsangebote zum Thema Antisemitismus intensiviert werden. Der Kampf gegen Antisemitismus muss in Schulen, sozialen Medien und in der breiten Öffentlichkeit entschlossen geführt werden. Antisemitische Straftaten dürfen nicht verharmlost werden, und ihre strafrechtliche Verfolgung muss konsequent erfolgen. Jede Form von Hass gegen Juden widerspricht unseren Werten und wird von uns entschieden bekämpft.

Der Ukrainekrieg hat viele Menschen dazu bewogen, ihre Heimat zu verlassen und Schutz in anderen Ländern zu suchen. Auch in Essen haben zahlreiche geflüchtete Menschen Zuflucht gefunden. Wir wollen ihnen Zugang zu Sprachkursen, Arbeitsmarkt und Bildung geben. Dabei werben wir dafür, dass der überwiegende Teil der Geflüchteten aus der Ukraine nach Beendigung des Krieges in seine Heimat zurückkehren wird, um dort beim **Wiederaufbau der Ukraine** anzupacken. Unterstützungsleistungen müssen daher als Anreiz zum Wiederaufbau des eigenen Landes nach Beendigung des Krieges beendet werden.

Clankriminalität stellt eine der größten Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit in Essen dar. Kriminelle Großfamilienclans unterwandern gezielt staatliche Strukturen, bedrohen die freie Gesellschaft und schaffen Parallelwelten, die unsere Rechtsordnung ignorieren. Wir fordern eine **Null-Toleranz-Politik**

gegenüber solchen Aktivitäten. Die Polizei, Ordnungsbehörden und Justiz müssen mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet und ihre Zusammenarbeit intensiviert werden, um effektiver gegen diese kriminellen Netzwerke vorzugehen. Dazu gehört auch eine konsequente Strafverfolgung, schnelle **Abschiebungen** krimineller Clanmitglieder und eine stärkere Überwachung illegaler Aktivitäten wie **Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, Zwangsprostitution, Geldwäsche und Schutzgelderpressung.** Präventive Maßnahmen sind ebenso wichtig, um junge Menschen aus diesen Strukturen herauszuholen und ihnen legale Alternativen und Perspektiven aufzuzeigen.

Wir setzen uns für **beschleunigte Asylverfahren** ein, um sicherzustellen, dass Menschen mit einer Bleibeperspektive schneller integriert werden und jene ohne Bleiberecht rasch zurückgeführt werden. Ein längerfristiger Aufenthalt ohne klare Perspektive belastet die Stadt, die Verwaltung und die Gesellschaft. Die Kooperation zwischen der Essener Ausländerbehörde und der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) des Landes muss daher weiter verbessert werden, um Asylverfahren effizient zu gestalten und **Rückführungen konsequent umzusetzen.** Ferner fordern wir die **sofortige Einführung einer manipulationssicheren Bezahlkarte** zur Leistungsgewährung.

Unsere Kapazitäten für die Aufnahme weiterer Migranten sind in Essen begrenzt. Eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf alle Kommunen ist daher notwendig, um unsere Infrastruktur, insbesondere Schulen, Kitas und den Wohnungsmarkt, nicht zu überlasten. Wir unterstützen eine **Wohnsitzauflage** für Geflüchtete in den ersten Jahren nach dem Zuzug, um die Integration zu erleichtern und die Belastungen gleichmäßiger zwischen allen Regionen unseres Landes zu verteilen.

Unsere oberste Priorität bleibt die Sicherheit unserer Bürger. Der **Kampf gegen Clankriminalität, Antisemitismus, linken wie rechten Extremismus und Integrationsverweigerung** ist von zentraler Bedeutung, um den sozialen Frieden in unserer Stadt zu bewahren. Wir stehen für eine konsequente Anwendung unserer Gesetze und eine klare Linie in der Sicherheitspolitik.

II. Für Wohlstand, erfolgreiche Wirtschaft und solide Finanzen

Wir müssen heute die Weichen dafür stellen, dass unsere Kinder nicht die **Altlasten** einer verfehlten Ausgaben-, Investitions- und Verschuldungspolitik tragen und mit Zins und Zinseszins zurückzahlen müssen. Zukunftspolitik ist **generationengerechte Haushaltspolitik**, die den nachfolgenden Generationen sowohl gesunde Finanzen als auch eine leistungsfähige Infrastruktur und Sicherheitsstrukturen hinterlässt.

Die ‚Marke Essen‘ entwickeln

Essen nimmt im Rahmen der Metropole Ruhr eine **Führungsrolle** ein. Um die Marke Essen deutlicher aufzuzeigen, sind neben der touristischen Sicht des Labels „Visit Essen“, das auf Kultur- und Freizeitangebote setzt, auch die wirtschaftlichen Potentiale unserer Stadt stärker in den Blick zu nehmen. Als Gesundheitsstandort mit internationalem Prestige, Messestandort und Hauptsitz renommierter Unternehmen bietet Essen ideale Rahmenbedingungen für **Wachstum und Fortschritt.** Die Marke Essen vereint die bislang separat geführten Marketingkonzepte. Die FDP setzt sich für einen offenen Bürgerprozess zur Neugestaltung des Schriftzugs auf dem Essener Handelshof ein.

Existenzgründungen und Ansiedlungen statt steuerlicher Mehrbelastungen

Viele internationale Industriekonzerne, die jahrzehntelang für Wohlstand und Wachstum gesorgt haben, stecken in einer tiefen Krise. In der Folge haben Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren vor Ort deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt gelegen. Ein Grund für die Probleme ist die **Selbständigenlücke** und eine zu schwach ausgeprägte Gründungskultur. Für Existenzgründungen, beispielsweise bei innovativen Start-ups, mangelt es noch immer an optimalen Rahmenbedingungen und an starker politischer Unterstützung. Gemäß aktueller KfW-Studie lauten die Hauptprobleme für Unternehmensgründungen **bürokratische Hürden** sowie mangelnde kaufmännische und fachliche Qualifikationen durch eine zu geringe Vermittlung von unternehmerischen oder technischen Kompetenzen in den Schulen und Universitäten mit deren schlechten Förderbedingungen. Die FDP setzt sich für eine **Willkommenskultur gegenüber Gründern** und bei Unternehmensansiedlungen ein und achtet strikt auf den Abbau bürokratischer Hürden.

Wir wollen die Gründerkultur in Essen stärken und die Chancen von Start-ups für Wachstum und Beschäftigung nutzen. Unsere Stadt Essen braucht ein Handlungsprogramm zur Stärkung der **Innovations- und Gründungskultur.** Es geht dabei nicht darum, Vorhandenes aufzugeben, sondern an alte Stärken anzuknüpfen und um neue Geschäftsideen zu ergänzen, die zukunftsfähige Arbeitsplätze versprechen. Essen hat sich positiv für Start-ups entwickelt. Beispielsweise genießt das durch die RAG-Stiftung gegründete Innovations- und Gründerzentrum BRYCK einen guten Ruf und führt dazu, Start-ups in Essen zu gründen. Die Rahmenbedingungen für Gründungen in Essen wollen wir weiter verbessern und so unsere Stadt und das Ruhrgebiet dauerhaft wirtschaftlich stärken.

Zur Umsetzung dieser Ziele schlägt die FDP nachfolgende Initiativen vor, die in der Stadt Essen von Kammern, Verbänden und der Verwaltung ergriffen werden sollten: **Gründerberatung, bedarfsgerechte Errichtung von Gründerzentren, Befreiungsregelungen von Bürokratie** in den ersten Jahren nach der Unternehmensgründung, Kontaktherstellung und Projektbegleitung bei der Erschließung von Förderprogrammen, Bereithaltung hinreichender Gewerbeflächen für spätere Unternehmensexpansionen und Forcierung einer optimalen Netzabdeckung.

Neben allgemeiner Gründungsförderung ist es sinnvoll, bei der spezifischen Förderung nicht mit der Gießkanne vorzugehen, sondern Fördercluster zu bilden. Dort profitieren Neugründungen und etablierte Unternehmen von starken Netzwerken, Synergien und Kooperationen. Außerdem trägt dies zu einer effizienteren Verwendung von Fördermitteln bei. Ferner wirkt ein solches **Cluster** dem im Ruhrgebiet bekannten Problem des nicht immer produktiven Konkurrenzdenkens entgegen. In Essen bieten sich beispielsweise Start-up-Cluster in den Themenfeldern Energie, Mobilität und Gesundheit an. Entscheidend sind oft das passende Gründungsklima und die richtige Ansprache von potentiellen Gründungswilligen, ihre Geschäftsidee vor Ort zu realisieren. Einer Ermutigung und Unterstützung von Start-ups sollten sich möglichst viele Essener Verantwortungsträger in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verpflichtet fühlen. Dazu möchten wir mit einer Imagekampagne „Pull-Effekte“ erzeugen, um Gründern Perspektiven aufzuzeigen.

Wirtschaft entfesseln, Schulden bremsen und abbauen

Essen braucht eine Wirtschaftswende. Unser Ziel ist es, die Wirtschaft zu entfesseln, damit Wohlstand und Wachstum wieder erwirtschaftet werden können. Zur wirtschaftlichen Wiederbelebung und Existenzsicherung müssen private Investitionen unbürokratisch und rechtssicher ermöglicht sowie zeitlich vorgezogen werden. Die Stadt Essen sollte daher mit einem **Entfesselungsimpuls** alles unternehmen, um neue wirtschaftliche Betätigung zu ermöglichen und anzuregen. Lange Genehmigungsverfahren, unverhältnismäßige Auflagen oder Beschränkungen müssen der Vergangenheit angehören und schnelleren sowie digital unterstützten Entscheidungs- und Bewilligungsprozessen weichen.

Gelder, die ausgegeben werden sollen, müssen zuvor erwirtschaftet werden. Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Essen ist von zentraler Bedeutung, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu fördern – jetzt erst recht. Wir unterstützen Maßnahmen und Projekte, welche die lokalen Unternehmen, Einzelhandel, Gastronomie und Vereine stärken. **Zukunftsinvestitionen** wollen wir insbesondere in den Bereichen Wohnungsneubau, Verkehrswegebau und Straßensanierung sowie bei Innovationen und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur anregen und ermöglichen. Öffentliche Investitionen müssen in die Bereiche fließen, wo sie kurzfristig helfen und langfristig Wirkung erzielen.

Öffentliche Aufgaben werden wir generationengerecht finanzieren: Wir brauchen gerade auch im Interesse der jungen Generation eine Politik, die rechnen kann. Eine solide Finanzpolitik schafft überhaupt erst die Voraussetzungen, um über eigene **Handlungsfähigkeit** zu verfügen. Es ist zwingend notwendig, eine Spirale zu verhindern, in der wegbrechende Steuereinnahmen zu Steuererhöhungen führen und damit den Unternehmen dringend nötige Liquidität entziehen. Essen braucht im Gegenteil eine **kommunale Steuerbremse** für niedrigere kommunale Steuern und Abgaben, um attraktiver für die Ansiedlung von Bürgern und Betrieben zu werden. Es sollte der Grundsatz gelten und stete Ansporn für die Politik sein, die laufenden Ausgaben eines Jahres durch die Einnahmen desselben Jahres zu decken. Den Hebesatz für die **Gewerbesteuer** werden wir deutlich absenken und bei der **Grundsteuerreform** auf strikte Aufkommensneutralität setzen.

Für eine faire, bürokratiearme und rechtssichere neue Grundsteuer

Die Grundsteuer ist die wichtigste konjunkturunabhängige Einnahmequelle für unsere Stadt. Auf diesen Steuerertrag können wir daher für eine solide Finanzausstattung nicht verzichten. Umgekehrt gilt: Die FDP wird vor Ort dafür sorgen, dass Bürger und Betriebe nicht überfordert werden und sichern eine **aufkommensneutrale Umsetzung** zu. Unsere Stadt darf keine Mehrbelastungen für Eigentümer und Mieter durch die Hintertür beschließen. Anders als bei vielen anderen Steuern haben Bürger nicht die Möglichkeit durch Verhaltensänderungen die Steuerbelastungen durch die Grundsteuer zu vermeiden oder spürbar zu reduzieren. Die FDP sieht in der Entscheidung von CDU, SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen ein wertebasiertes Modell zur Anwendung zu bringen, einen falschen Weg, die verfassungsrechtlichen Vorgaben zu erfüllen. Das nunmehr gültige Landesgesetz führt auch zukünftig zu regelmäßigen Neubewertungen aller Immobilien und enthält eine eingebaute Steuererhöhung, sobald Immobilienpreise wieder steigen. Über 50.000 Steuerpflichtige haben allein in Essen Einspruch gegen die neuen Grundsteuerbescheide eingelegt, und über 10.000 Objekte sind bis Frühjahr 2025 nur geschätzt worden.

Die FDP wird sich vor Ort dafür einsetzen, dass durch angemessene Entscheidungen zum Hebesatz eine **Überforderung** sowohl bei Wohnungen als auch für unsere Betriebe und Vereine verhindert und zugleich **Rechtssicherheit für Steuerzahler** und unsere Stadt geschaffen wird. Jahrelange Rechtsstreitigkeiten schaffen Unsicherheiten für beide Seiten. Wir werden vor Ort die Hebesätze so berechnen, dass auf kommunaler Ebene keine **heimlichen Mehreinnahmen entstehen.** Sollten sich diese dennoch unbeabsichtigt durch die Umstellungsphase ergeben, werden wir sie in den kommenden Jahren den Steuerzahlern zurückerstatten.

Wir haben lange für einen landesweiten Ermäßigungsfaktor für Wohnraum gestritten, um die Nebenkosten als zweite Miete nicht weiter ansteigen zu lassen. CDU und Grüne haben dies leider abgelehnt. Zugleich haben wir gemeinsam mit den Kommunalverbänden große Zweifel, ob das schwarz-grüne Landesmodell eines Hebesatzsplittings rechtssicher und praktikabel ist. Es spielt die unterschiedlichen Gebäudenutzungen gegeneinander aus, sorgt für einen Flickenteppich zwischen Nachbarkommunen und ist nach den bisherigen Musterrechnungen ungeeignet, die Belastungsverschiebungen durch die Grundsteuerreform tatsächlich zu korrigieren. Wir erwarten zum schnellstmöglichen Zeitpunkt für Steuerzahler und Kommunen eine landesweite Gesetzeskorrektur für die Grundsteuer im obigen Sinne: **einfach, niedrig, planungssicher und gerecht.**

Die Höhe von Steuern und Abgaben gehört insgesamt jährlich auf den **Prüfstand** und ist vom Stadtrat auch im Vergleich zur Entwicklung in anderen Kommunen transparent zu debattieren. In diesem Zuge stehen wir **Bagatellsteuern ablehnend gegenüber**. Wir fordern die sofortige Abschaffung der Bettensteuer. Dies stellt eine Schwächung des wirtschafts- und Tourismusstandorts dar.

Haushaltssanierung für generationengerechte Finanzen

Haushaltssanierung ist die wichtigste Zukunftsfrage unserer hochverschuldeten **Stadt**. Die Stadt Essen gehört seit Anfang der 2000er Jahre deutschlandweit zu den Kommunen mit besonders hohen Schulden. Diese setzen sich zusammen aus **expliziten Schulden** (Kassenkredite und Investitionen) sowie **impliziten Schulden** (nicht gedecktes Eigenkapital bei Beteiligungsgesellschaften und öffentliche Pensionsverpflichtungen). Das Eigenkapital der Stadt Essen ist in einer Millionengrößenordnung negativ. Die Summe der Rückstellungen, beispielsweise für Pensionen, beträgt aktuell 2,6 Milliarden Euro und die Höhe der Gesamtverbindlichkeiten über 5 Milliarden Euro. Zu den hohen direkten Schulden kommen noch die Schulden der Beteiligungsgesellschaften der Stadt Essen in Höhe von rund 2 Milliarden Euro hinzu. Die Stadt gibt dabei jährlich über zwei Milliarden Euro unter anderem für soziale Leistungen, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe aus. Das ist fast die Hälfte der gesamten ordentlichen Aufwendungen. Die sozialen **Transferaufwendungen** steigen aktuell jährlich um fast 200 Millionen Euro. Trotz stark gestiegener Gewerbesteuereinnahmen übersteigen die Transferaufwendungen diese um ein Vielfaches. Über 100.000 Essener Bürger beziehen öffentliche Gelder aus den üppigen Sozialhaushalten.

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet, nicht mehr auszugeben als man einnimmt. Das ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, dem alle vernünftigen Menschen auch in ihren privaten Angelegenheiten folgen. Solide Haushalte sind vor allem auch ein **Gebot der Generationengerechtigkeit.** Denn es ist unanständig, künftigen Generationen hohe **Schuldenberge** zu hinterlassen.

Wir sanieren Haushalte durch Sparen, also durch weniger Ausgaben. Wir erhöhen Einnahmen durch wirtschaftsfreundliche Politik, die Arbeitsplätze schafft, und setzen nicht auf Steuer- oder Abgabenerhöhungen. Gleichzeitig senken wir so unsere Sozialausgaben. Und wo es mehr Arbeitsplätze gibt, dort sprudeln auch höhere Steuereinnahmen.

Die Schuldenberge sind so hoch, dass es der Stadt Essen das finanzielle Genick brechen wird, wenn die Zinsen für unsere Kredite auch nur geringfügig steigen. Hauptursache für diesen bedrohlichen Schuldenberg ist, dass Bund und Land den Kommunen Pflichtaufgaben übertragen haben, ohne sie mit dem dafür notwendigen Geld zu versorgen. Allerdings wird in Essen auch leichtfertig zu viel Geld ausgegeben. Dies ist oft geliehenes Geld, das die Stadt nicht hat und das ihr nicht gehört. Schulden sind eine Hypothek für unsere Kinder und Enkel. **Entschuldungspolitik** ist auch deshalb ein zentrales Anliegen der FDP.

Die FDP ist bei der Entschuldung allein an Sachargumenten interessiert und nicht ideologisch verhaftet. Es stellt für uns eine Verpflichtung dar, sparsam und verantwortungsbewusst mit dem Geld der Bürger umzugehen. Unsinnige ideologiegetriebene Ausgaben wie die Preisverteuerung durch Ökostromzertifikate müssen daher in Stadt und städtischen Gesellschaften sofort verhindert werden.

Freiwillige Leistungen gehören auf den Prüfstand. Die Effizienz der kommunalen Aufgabenerledigung ist regelmäßig im **Benchmarking** mit anderen Städten zu überprüfen. Wir können vor Ort nicht alles verwirklichen, was wünschenswert ist, sondern müssen politische Prioritäten zugunsten von **Zukunftsinvestitionen** setzen. Daher wollen wir die konsumtiven Ausgaben vor Ort deutlich zurückfahren, um in Zukunft noch notwendige investive Ausgaben tätigen zu können, beispielsweise zum Erhalt unserer Infrastruktur. Daher setzen wir Prioritäten: Vorrang hat, was Wohlstand und Arbeit schafft. Wir erwarten bei allen größeren Investitionsvorhaben eine Kosten-Nutzen-Analyse (Businessplan).

Investive und konsumtive Ausgaben, die den Standort stärken, werden gefördert. Ausgaben ohne Potential für die Zukunft werden nach Möglichkeit zurückgefahren. Die FDP tritt dafür ein, alle Ausgaben immer wieder kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen. Dies erfordert eine umfassende und ständige **Aufgabenoptimierung** mit dem Ziel einer Konzentration auf das Wesentliche. Der Aufbau einer konsequenten Strategie zur gemeinsamen Nutzung von Dienstleistern hilft beispielsweise, Kosten zu minimieren und Synergien innerhalb des Konzerns Stadt zu heben. Mit uns werden diese **Shared Service-Potentiale** in der Kernverwaltung und den Beteiligungsunternehmen zu Haushaltskonsolidierern. Wir fordern ein gemeinsames kommunales **Beschaffungsmanagement** der Ruhrgebietsstädte zur Kostenreduzierung.

Die **Sozialausgaben** belasten unsere Stadt immer mehr. Daher hat der Bund eine höhere Beteiligung an den stark gestiegenen Sozialleistungen eingesehen und beschlossen. Dies bietet der Stadt Essen die Chance einer effektiven Haushaltsverbesserung, wenn die zusätzlichen Bundesmittel nicht sofort für eigene neue soziale Ausgaben der Stadt wieder verausgabt werden.

Die Stadt Essen ist nicht automatisch der bessere Unternehmer. Über viele Jahre hinweg haben die anderen Parteien unverzichtbare Vorschläge der FDP zur **Haushaltskonsolidierung** abgelehnt, wie beispielsweise einen seinerzeit profitablen Verkauf der RWE-Aktien, und stattdessen die Verstaatlichung vorangetrieben. Dies sind alles schwere Fehler gewesen. Auch Einsparpotentiale wurden nicht genutzt. Das städtische Grundstücks- und Gebäudemanagement muss professionell aufgestellt sein, um positive Erlöse für den Stadthaushalt zu erzielen.

Dem aufgebauten Wildwuchs von städtischen Unternehmen und **Beteiligungen** muss begegnet werden. Wir fordern eine klare Minimierung städtischer Tochtergesellschaften und Beteiligungen in den kommenden Jahren, damit nicht länger Finanzmittel gebunden werden, die an anderer Stelle wie zum Beispiel im Bildungsbereich fehlen. Wir fordern deshalb, dass diese Gesellschaften und Beteiligungen komplett auf den Prüfstand gestellt und von einer neutralen Organisation dahingehend untersucht werden, ob sie für die **öffentliche Daseinsvorsorge** überhaupt benötigt werden. Der Verkaufserlös ist vorrangig für den Schuldenabbau zu verwenden. Außerdem sind **öffentliche wirtschaftliche Betätigungen eine unfaire und oft subventionierte Konkurrenz** zu privaten Unternehmen, die auf eigenes Risiko wirtschaften müssen. Bei den städtischen Vergaben dürfen nicht nur oder bevorzugt die städtischen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften zum Zuge kommen, sondern auch gleichberechtigt die privaten Unternehmen.

Das größte Einsparvolumen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes liegt in der dringend erforderlichen Gleichbehandlung der Kernverwaltung und der zahlreichen städtischen Gesellschaften. Die rund **70 Gesellschaften müssen dringend Personal und Sachkosten reduzieren.** Überall, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, müssen Gesellschaften aufgelöst oder in Dachgesellschaften zusammengelegt werden. Unser Ziel ist dafür eine **Halbierung** bis Ende der nächsten Ratsperiode. Die Auslagerung demokratischer Entscheidungen vom öffentlichen Haushalt in die kommunalen Gesellschaften sorgt für Intransparenz, weniger Verantwortung sowie Beteiligungsdefizite und ist daher umzukehren.

Stadtentwicklung und Unternehmensansiedlungen als Zukunftsgestaltung

Stadtentwicklung und Stadtplanung bedeutet für eine Großstadt wie Essen **Zukunftsgestaltung**, um auch künftig eine lebenswerte Stadt zu erhalten und diese weiterzuentwickeln. Die Stadtentwicklung muss sich an den zukünftigen Herausforderungen angesichts des demographischen Wandels orientieren. Essen ist seit einigen Jahren wieder eine wachsende Stadt.

Wir fordern daher eine Politik der Stadtentwicklung, die das **Wirtschaftswachstum in Essen beschleunigt.** Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen müssen die vorhandenen Ressourcen möglichst optimal eingesetzt werden, um auch dann noch **Entwicklungsprozesse** für diese Stadt möglich zu machen, wenn die dafür benötigten Mittel nicht mehr oder nur noch sehr beschränkt zur Verfügung stehen.

Die Stadtentwicklung muss sich an den zukünftigen Herausforderungen angesichts des **demographischen Wandels** orientieren. Wir wollen leerstehende Wohngebäude und -flächen an der A40 für Büro- und Gewerbeansiedlung umwidmen. So wird die Ausweisung derzeitiger Grünflächen für notwendige Gewerbeansiedlung vermieden.

Die Zukunft der Stadt beginnt in den Stadtteilen. Ein **lebenswerter Stadtteil** ist attraktiv für Jung und Alt. Wohnungsnahe Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangebote sorgen dafür, dass sich auch die wachsende Zahl von älteren Mitbürgern in ihrem Stadtteil wohl fühlt und nicht fürchten muss, aus ihrer gewohnten Lebenswelt gerissen zu werden und den Alltag nicht mehr eigenständig meistern zu können.

Es gibt einen Bedarf an ansprechenden **Neubauwohnungen** sowie einen Angebotsmangel bei qualitätsvollen Altbau- und Neubauwohnungen. Um attraktiven Wohnraum anbieten zu können, ist es notwendig, **ausreichend Flächen für Wohnbebauung** zur Verfügung zu stellen. In Quartieren mit hohem Parkdruck erwarten wir von der Stadt eine Problemlösung durch GPS-Systeme und Stadtteilgaragen. **Öffentliche Zwangsquoten für sozialen Wohnraum, die Investitionen hemmen und verteuern, lehnen wir ab.**

Die FDP fordert einen **Masterplan zur Erschließung neuer und Revitalisierung vorhandener Flächenpotentiale** für Wohnungsbau und gewerbliche Nutzung. Zahlreiche unsachgemäße Beschränkungen für Neubaugebiete durch den Regionalen Flächennutzungsplan und Regionalplan des Regionalverbandes Ruhr (RVR) müssen entfallen. Gewerbeansiedlung sollte durch konsequente Altlastensanierung ermöglicht werden. Dabei gilt es, Zielkonflikte zwischen Wohnungsbau, Naturschutz und Gewerbeansiedlung frühzeitig transparent zu machen und mit den Bürgern zu diskutieren.

Der **Baldeneysee** ist für Essen ein Juwel, das stärker genutzt werden muss. Die ersten Schritte sind mit dem Entwicklungskonzept für einen Teilbereich des Seeufers vom Regattaturm bis Schloß Baldeney bereits gemacht, die Umsetzung und Entwicklung weiterer Teilstücke verfolgt die FDP mit Nachdruck. Die FDP Essen setzt sich für ein modernes, effizientes und innovatives Beleuchtungskonzept an beiden Uferseiten ein, das die Sicherheit und Aufenthaltsqualität verbessert. Zudem fordern wir ein bürger- und tourismusfreundliches Parkraumkonzept, das den Bedürfnissen von Anwohnern, Besuchern und Sporttreibenden gerecht wird – für eine bessere Erreichbarkeit und ein noch angenehmeres Freizeiterlebnis am Baldeneysee.

Für Bürokratieabbau sowie eine digitale, moderne und effiziente Verwaltung

Wir stehen für eine **schlanke und moderne Stadtverwaltung** als Servicestelle für die Bürger in Essen. Neue Kommunikationsformen ermöglichen einen komplikationslosen Behördenkontakt, der nicht an **Öffnungszeiten** gebunden ist. In einer virtuellen Verwaltung können die meisten Angelegenheiten auch online bearbeitet werden. Wenn es um Entbürokratisierung und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren geht, dann spielt das **digitale Rathaus** eine zentrale Rolle. Wir wollen ein Programm „E-novation **Bürgernähe**“. Alle zentralen Behördenangelegenheiten sollen zusätzlich auch online möglich sein, ohne Menschen die Gelegenheit zu einer persönlichen Klärung in Präsenz zu nehmen, wenn sie diese weiter bevorzugen. Mehr Effizienz kann auch durch eine vernetzte Zusammenarbeit mit anderen Kommunen des **Ruhrgebiets** erreicht werden. Eine schlanke und moderne Stadtverwaltung zeichnet sich auch durch Kosteneffizienz und -transparenz aus. Die Essener Stadtverwaltung und alle städtischen Gesellschaften haben sich bei jeglicher Kommunikation an die Regeln zur deutschen Rechtschreibung zu halten, die der Rat für deutsche Rechtschreibung formuliert.

Die FDP Essen setzt sich für die Einführung einer **Servicestelle in der Stadtverwaltung** ein, die unterschiedliche Kompetenzen bündelt (One-Stop-Shop). Unser Ziel: Bürger sollen ihre Anliegen schnell, unkompliziert und digital erledigen können – ohne lange Wartezeiten oder bürokratische Hürden. Ein zentraler Anlaufpunkt in den Bürgerämtern sowie eine nutzerfreundliche Online-Plattform ermöglichen Behördengänge aus einer Hand. So schaffen wir eine moderne, effiziente und bürgernahe Verwaltung für Essen.

Die FDP erwartet die konsequente Umsetzung einer „digitalen Kommune“ Essen. Wir fordern daher die **digitale Transformation unserer Kommunalverwaltung** zur Bündelung der Kompetenzen und der Angebote in eine Smart City Essen. Die **Digitalisierungsstrategie** der Verwaltung sollte hierfür ganzheitlich, unbürokratisch und bürgernah betrieben werden.

In unserer gewachsenen Demokratie gibt es nicht zu wenige, sondern zu viele Gesetze, Regelungen und Vorschriften. Wir Liberale setzen uns dafür ein, überflüssige Regeln abzuschaffen. Deswegen werden wir weiterhin Satzungen durchforsten und jede unnötige Vorschrift abschaffen. Zusätzliche Einsparungen sind durch effizienteren und effektiveren Ressourceneinsatz sowie eine **konsequente Entbürokratisierung** und Verwaltungsstrukturreform zu realisieren. Unser Ziel ist dabei eine schlanke, aber handlungsfähige Verwaltung als Standortfaktor, die finanzielle Mittel und Personal grundsätzlich an konkreten Bedarfen orientiert einsetzt – vor allem dort, wo sie von Bürgern und Unternehmen am meisten gebraucht werden. Das Beauftragtenunwesen und überflüssige Bürokratie wollen wir spürbar reduzieren.

Aufgrund des massiven demographischen Wandels muss die Stadt weiterhin die Ausbildung qualifizierter und motivierter **Nachwuchskräfte** vorantreiben und im Wettbewerb mit anderen Kommunen die besten Köpfe gewinnen sowie dauerhaft an sich binden. Durch moderne IT-Unterstützung und Künstliche Intelligenz (KI) entstehen eine **Digitalisierungsrendite**, aber auch neue Berufsbilder (Data Scientists zur Datenanalyse). IT und KI stellen für immer mehr Bedienstete aber auch eine Arbeitserleichterung dar und helfen zum Beispiel bei der leichteren Erkennung von Sozialleistungsmissbrauch.

Die Verwaltungseffizienz wird durch eine stärkere **interkommunale Kooperation** in der Ruhrregion erhöht. Wir sind für die Zusammenlegung bestimmter Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Verwaltung im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, denn das führt zu **Kostensenkung, Effizienzsteigerung** und einer **Bündelung von Wissen.** Beispielsweise ist eine interkommunale Vergabestelle sinnvoll, die Einkäufe zusammen mit anderen Kommunen tätigt. Wir wollen das Ruhrgebiet insgesamt stärken durch mehr Kooperationen zwischen den Städten, zum Beispiel durch städteübergreifende Investitionen, **Vermeidung von Doppelinvestitionen** in unmittelbarer Nachbarschaft, Bündelung von Beschaffungen, Vergabe von Infrastrukturmaßnahmen, Absicherung der Gesundheitsversorgung, bei Sportstätten oder Cluster für Start-ups.

Jede neue Aufgabe sollte dahingehend auf den Prüfstand kommen, ob sie wirklich notwendig ist. Kurze Entscheidungswege sparen bei allen Beteiligten nicht nur Zeit, sondern auch Geld und Nerven. Die FDP will eine **bürger- und serviceorientierte Verwaltung.** Verwaltungsangestellte sollten nicht unter starren Vorschriften leiden, sondern im Arbeitsalltag rechtssicher, aber pragmatisch und unbürokratisch handeln können.

„Open Government“ führt zu mehr **Transparenz und Teilhabe.** Die Durchschaubarkeit der Kommunalpolitik soll durch den Einsatz von Internet und modernen Kommunikationsmedien erreicht werden.

Essen steht noch immer am Anfang der Etablierung digitaler Prozesse und Angebote für Bürger sowie für Unternehmen und Institutionen. Eine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie der Stadtverwaltung und ihrer Beteiligungen besticht durch **Funktionalität, Bürgerfreundlichkeit und Netzsicherheit.** Zur Transformation bislang analoger Interaktionen bedarf es einer Bündelung aller Kompetenzen auf dem Weg zur Smart City Essen.

Die FDP fordert eine Bürger-App, die als Serviceportal Verwaltungsabläufe vereinfacht und bürokratische Hürden abbaut. Außerdem verbindet diese App Angebote im Konzern Stadt, wie die der Ruhrbahn, der Theater und Philharmonie oder der Stadtwerke. **Open Data ermöglicht politische Teilhabe und schafft Transparenz** bei kommunalen Entscheidungsfindungen. Cloudanwendungen, wie zum Beispiel die E-Akte oder Online-

Postfächer bieten ressourcen- und personalschonende Arbeitsabläufe. Blockchain und Künstliche Intelligenz werden zum Schlüssel der Bewältigung des Fachkräftemangels in der Stadtverwaltung.

Gleichzeitig liefert die Digitalisierung einen großen Beitrag zur Wirtschaftsförderung im Herzen der Ruhrmetropole. Start-ups und Gründer nutzen kommunale Netzwerke und schaffen Arbeitsplätze. Kooperationen mit den Hochschulen, Großkonzernen und mittelständischen Unternehmen sorgen für neue Wirtschaftskraft und stellen zukunftsweisende Jobangebote.

III. Für selbstbestimmte und individuell bedarfsgerechte Mobilität

Mobilitätsfördernde Verkehrspolitik für eine Mobilität der Zukunft

Die FDP Essen versteht Mobilität als ein Grundbedürfnis der Bürger sowie der Wirtschaft. Mobilität ermöglicht gesellschaftliche **Teilhabe und wirtschaftliches Wachstum.** Diese Aspekte sind zentrale Bezugspunkte unserer verkehrspolitischen Ansätze.

Wir sprechen uns für die digitale Vernetzung zwischen Infrastruktur und Verkehrsteilnehmern aus, um den Verkehr mit **intelligenten Leitsystemen** effizienter steuern zu können. In digitalen Megatrends wie zum Beispiel Big Data und Künstlicher Intelligenz sehen wir vielfältige Chancen für unsere Stadt, die unter Wahrung sich wandelnder Datenschutzanforderungen einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt leisten können. So fordern wir die Erprobung von vernetzten Ampelsystemen im Essener Stadtgebiet und bis 2030 Tempobeschilderung, wo sinnvoll, durch digitale Schilder zu ersetzen.

Den Ausbau der E-Mobilität in Essen kann nicht der alleinige Lösungsansatz der individuellen Mobilität sein. Wir wollen die **Offenheit gegenüber verschiedenen Antriebstechnologien** erhalten und setzen uns für eine ideologiefreie Verkehrspolitik ein. So könnten auch eFuels eine zukunftsfähige Option sein. Insbesondere Erdgas und Flüssiggas (LNG) stellen schon jetzt einsatzfähige Alternativen dar.

Die Entwicklung und Erforschung von Drohnen für den Transport von Gütern und auch von Personen begrüßen wir als Freie Demokraten ausdrücklich. Deshalb soll die Stadt Essen dafür geeignete Flächen identifizieren und sich für die Schaffung eines Modellversuchs für kommerziell genutzte Drohnen einsetzen.

Angesichts des Ausbaus der A44 im Süden und der A52 im Norden unserer Stadt sprechen wir uns für den **A52-Weiterbau** vom Autobahndreieck Essen-Ost zum Autobahnkreuz Essen-Nord in Tunnellage aus. Neben dem A52-Weiterbau fordern die Freien Demokraten den Bau des **A40 Deckels**, der die Lebensqualität der Anwohner und die Reinhaltung der Luft ebenfalls entscheidend verbessern kann. In Verbindung mit der Durchstreckung der A52 entsteht eine durchgängige **Nord-Süd-Tangente,** die den klassischen innerstädtischen Verkehr entlastet und neuen Mobilitätskonzepten entsprechenden Freiraum bietet. Eine Untertunnelung der Gladbecker Straße ist ein verkehrspolitischer Wunschtraum Anderer – ohne eine echte Chance auf Realisierung. Stattdessen fordern wir eine Durchstreckung der A52. Als eine der wichtigsten Verkehrsachsen unserer Stadt kann die Bundesstraße 224 nicht durch Fahrradtrassen geschwächt werden. Die **B224** ist eine der wichtigsten **Verkehrsachsen** unserer Stadt. Die derzeit vorliegende Planung zu einer Fahrradstraße von der Gustav-Heinemann-Brücke zur Stadtgrenze Velbert wird durch falsche Planungsansätze zu einem Verkehrschaos mit ständigen Staus, vielen Verkehrsunfällen und vor allem der Nichterreichbarkeit

für Hilfsbedürftige im Rettungs- und Brandeinsatz führen, ohne dass auch nur ansatzweise eine Bedarfsstudie durchgeführt wurde. Die FDP fordert daher, die vorliegende Planung nicht weiter zu verfolgen.

Der ÖPNV in Essen muss **flexibler, zuverlässiger und individueller** werden, um den sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden. Hierzu fordern wir eine bessere Vernetzung mit dem ÖPNV-Netz unserer Nachbarstädte, um ein gemeinschaftliches und attraktives Mobilitätsangebot für das Ruhrgebiet zu schaffen. Zudem setzen wir uns für mehr Wettbewerb im kommunalen ÖPNV ein, bei gleichzeitigem Verbleib der Verkehrswege und Verkehrsinfrastruktur in kommunalem Eigentum. Unterschiedliche Dienstleister können sich dann in einem **Bieterwettbewerb** um die beste Leistungserbringung bewerben.

Wir begrüßen **Bürgerbuskonzepte** in privater Trägerschaft als Ergänzung und Alternative zum kommunalen ÖPNV-Netz, denn es kann rentabler sein, auf bestimmten Strecken bereits früher am Abend auf das Nachtexpressnetz umzustellen oder Fahrten bedarfsgerecht als TaxiBus durchzuführen. Wir möchten, dass schwach genutzte Linien ganztägig als TaxiBus angeboten oder auf das Anrufsammeltaxi-System (AST) umgestellt werden können. In einer innovativen Nutzung von ÖPNV-Infrastruktur sehen wir Chancen. Das hochsubventionierte Bussi-Angebot der Ruhr Bahn stellt eine unfaire Konkurrenz zu anderen Mobilitätsanbietern dar und gehört sofort abgeschafft. Wir sind davon überzeugt, dass die Investitionen, die für den Einsatz von 40 Meter langen Straßenbahnen in der gesamten Infrastruktur anfallen, sinnvoller eingesetzt werden können für die Leistungsfähigkeit unseres Verkehrssystems.

Der ÖPNV braucht dringend mehr **Wettbewerb** und sollte weniger defizitär arbeiten. Für dessen Nutzung streben wir mittelfristig kostendeckende Preise an. Wir begrüßen hierbei an der Nachfrage orientierte Preismodelle, die die Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel verbessern und einen Beitrag zu einem vielfältigen Mobilitätsangebot liefern.

Die FDP sieht in den neuen privaten Mobilitäts- und Beförderungskonzepten große Chancen und setzt sich dafür ein, das in Teilen nicht mehr zeitgemäße Personenbeförderungsgesetz zu modernisieren. Wir befürworten die Angebote und Ansiedlung **neuer Mobilitätsanbieter** wie private Mietwagendienste in unserer Stadt. Die Betreiber von sogenannten E-Scootern müssen allerdings auch die Verantwortung für die Verkehrssicherheit, Unfallvermeidung und die Verhinderung der Vermüllung unserer Grünflächen, Bürgersteige und Verkehrswege tragen.

Wir setzen uns für die **Chancengerechtigkeit** der verschiedenen Verkehrsträger ein und lehnen feste Quoten für Fortbewegungsmittel ab, wie sie im Modal-Split für Essen angestrebt werden. Die Schaffung von Umweltspuren im Essener Stadtgebiet sehen wir kritisch und erachten diese als nicht zielführend. Gerade ältere und behinderte Mitbürger werden durch die Verdrängung von Kraftfahrzeugen aus Wohngebieten und damit die Zumutung langer Wege bis zur Erreichbarkeit von Stellplätzen diskriminiert und vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Die FDP tritt dabei für einen **fairen Wettbewerb** aller Verkehrsträger in unserer Stadt ein, die dazu beitragen, das Mobilitätsbedürfnis der Bürger zu erfüllen. Wir streben eine bedarfsgerechte Infrastruktur für die jeweiligen Verkehrsmittel an und lehnen politische Vorgaben für eine ideologische Verkehrswende ab. Fahrverbote für die Stadt Essen lehnen wir ab, da diese Probleme nur verlagern, zu einer Quasi-Enteignung der Bürger führen und die Akzeptanz für wirkliche Klimaschutzmaßnahmen verringern. Wir wollen stattdessen dafür sorgen, dass für die jeweiligen Verkehrsträger und Verkehrsteilnehmer (wie beispielsweise Auto, ÖPNV, Fahrrad, Fußgänger) die nötigen Voraussetzungen durch bedarfsgerechte, sinnvoll abgewogene und zielgerichtete Investitionen geschaffen werden.

Die FDP respektiert die freie Entscheidung der Bevölkerung für die Wahl der unterschiedlichen Verkehrsmittel, abhängig von ihrem konkreten Einsatzzweck. Nach Auffassung der FDP liegt die Zukunft in einer abgestimmten **Angebotsvielfalt moderner Mobilität,** die wir in Essen verstärkt ermöglichen wollen.

Vor diesem Hintergrund lehnt die Essener FDP den aktuellen **Radentscheid** ab, der auf eine politisch gewollte Verdrängung einzelner Verkehrsmittel setzt und unfinanzierbare Forderungen stellt. Fahrradstraßen sehen wir grundsätzlich kritisch. Hingegen unterstützt die FDP weiterhin sinnvolle Maßnahmen zum Ausbau des Radverkehrs in Essen und zur Erhöhung von dessen Verkehrssicherheit, beispielsweise auf Schulwegen.

Wir fordern alle vorgenannten Elemente für moderne und attraktivere Mobilität, den bestehenden Nahverkehrsplan und den „Masterplan Verkehr“ der Stadt Essen in einem ganzheitlichen **Masterplan Mobilität** in Essen zusammenzuführen. Neue städteplanerische Projekte sind dabei kontinuierlich in einen fortlaufend weiterzuentwickelnden Mobilitätsplan zu integrieren. Wir begrüßen ferner die sinnvolle Vernetzung und den Ausbau der Essener Radwegeinfrastruktur, solange diese nicht ideologisch, sondern verkehrsplanerisch sinnvoll geschieht. Rechtsunsichere, von einseitigen Interessen getriebene Verkehrsplanungen, die nach Gerichtsurteilen bereits hohe und unnötige **Rückbaukosten** verursacht haben, lehnen wir allerdings entschieden ab.

Die FDP Essen setzt sich für ein transparenteres, faireres und bürgerfreundlicheres **Parkraum-bewirtschaftungskonzept** an den Stellen ein, an denen Kapazitätsengpässe tatsächlich bestehen. Parkraum darf nicht flächendeckend bepreist werden. Parkgebühren müssen in der Höhe angemessen und sachlich nachvollziehbar sein, ohne die Attraktivität der Stadt für Bürger, Besucher und den lokalen Handel zu beeinträchtigen. **Parkgebühren am Baldeneysee lehnen wir ab.** Wir fordern flexible Lösungen, wie einheitliche Tarife und Lösungen für Anwohner in Gebieten mit Parkplatzmangel, um eine gerechte und effiziente Nutzung des Parkraums in Essen zu gewährleisten. Die schleichende schwarzgrüne **Parkraumvernichtung** wollen wir stadtweit beenden und rückgängig machen, insbesondere in Quartieren mit ohnehin schon hohem Parkdruck.

Öffentliche, sportliche oder musikalische **Großereignisse** erfordern zwingend schlüssige Verkehrskonzepte, für die auch die Betreiber eine Verantwortung tragen.

Infrastrukturerhalt und Hochwasserschutz statt verfallender Bröckelbrücken

Schwarzgrün gibt zweistellige Millionenbeträge für Radwege und Verkehrsrückbau aus, tut aber entschieden zu wenig für den Infrastrukturerhalt von Verkehrswegen für alle Verkehrsteilnehmer. Essen braucht ein frühzeitiges **Brückenmonitoring**, das Schäden und Gefahren erkennt und umgehend behebt. Für abgängige Bestandsbrücken sind rechtzeitige Neuplanungen und Ersatzinvestitionen vorzunehmen. Außer Betrieb gesetzte Brücken gefährden die Einhaltung vorgegebener **Einsatzzeiten der Notfallrettung.** Wir fordern von der Stadt die **jährliche Bilanzierung** des Instandhaltungsaufwands inklusive der Abschreibungen und Rückstellungen für den Ersatz abgängiger Bauwerke.

Die Bauverwaltung erhält vom Rat der Stadt Essen im jeweiligen Haushalt Mittel in mittlerer dreistelliger Millionenhöhe genehmigt. Ausgegeben wird davon in vielen Jahren nur ein Teil der Mittel, zuletzt war dies sogar weniger als ein Drittel. Der schlechte Zustand der Essener Infrastruktur kommt auch daher und ist schnellstens zu verbessern. Bei Ausschreibungen für wichtige Infrastrukturprojekte soll auch die **Erstellungszeit und Pünktlichkeit** ein Kriterium der Vergabe sein, um damit die richtigen Anreize zur termingerechten Fertigstellung zu setzen. Bei Kapazitätsengpässen im städtischen Planungsbereich sollen private Anbieter und Projektplaner mit ihren Dienstleistungen für den notwendigen Planungsfortschritt sorgen.

Für einen verbesserten Bevölkerungsschutz sollte die Stadt Essen wie auch andere Kommunen stärker in einen **mobilen Hochwasserschutz** investieren. Die Reparaturkosten für Private und die öffentliche Hand nach Großschadensereignissen wie dem letzten Jahrhunderthochwasser am Baldeneysee und an der Ruhr sind immens. Sie können durch einen effektiveren präventiven Hochwasserschutz erheblich verbessert werden.

IV. Beste Bildung schafft Zukunftschancen

Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern

Die FDP tritt dafür ein, ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Betreuungsangebot zu schaffen, das den Bedürfnissen der Familien gerecht wird. Ein flächendeckendes Betreuungsangebot ist Voraussetzung für eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf.** Wir erkennen, dass sich die Arbeitswelt weiterentwickelt hat und die Betreuungszeiten nicht mehr zu den traditionellen Arbeitsmodellen passen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kitas **flexible Betreuungszeiten** anbieten, die auch außerhalb der Kernarbeitszeiten liegen. Bisher gibt es nur vereinzelt Träger, die solche Angebote vorhalten – das wollen wir ändern, indem wir Anreize für Träger schaffen, die flexible Betreuungsmodelle anbieten.

Unser Ziel ist es, hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote zu fördern, indem ein Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte zwischen den Trägern entsteht. Wir stehen zur Praxis der **Trägerpluralität** in Essen, denn Vielfalt schafft Wettbewerb und fördert somit die Qualität. Eltern sollen die Möglichkeit haben, die beste Betreuung für ihre Kinder selbst zu wählen, sei es in einer Kindertagespflege oder in einer Kita. Für uns sind beide Modelle gleichwertig. Dabei setzen wir auf professionelle Standards in allen Betreuungsformen, um eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung sicherzustellen, frühkindliche Bildung ist ein wichtiger Bestandteil zum Erhalt einer modernen und zukunftsorientierten Gesellschaft.

Trotz dieser qualitativen Ansprüche fehlen in Essen noch immer mehr als 1.000 Kindergartenplätze. Wir verstehen diesen Mangel in gleichem Umfang als Bildungsbenachteiligung sowie als dramatischen Einschnitt innerhalb individueller familiärer Lebensmodelle. Daher fordern wir, den quantitativen Ausbau weiterhin als priorisiert zu betrachten und sicherzustellen, dass alle Eltern, die dies wünschen, ein **wohnortnahes Betreuungsangebot** finden können. Effiziente Verwaltungsstrukturen und eine bessere interdisziplinäre Zusammenarbeit betreffender Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung sind hierbei unerlässlich.

Neben dem quantitativen Ausbau fordern wir innovative Ansätze, wie etwa die Unterstützung kleinerer Unternehmen bei der **Einrichtung von Betriebskindergärten.** Hierbei soll die Stadt Essen ein umfangreicheres Beratungs- und Unterstützungsangebot schaffen, damit Unternehmen eigene und passgenaue Betreuungsmöglichkeiten anbieten können.

Talentförderung bereits in der frühkindlichen Bildung ist ein zentraler Bestandteil unserer Vision. Jedes Kind hat individuelle Stärken, die frühzeitig erkannt und gefördert werden sollten. Wir wollen Programme zur Talenterkennung bereits in Kitas integrieren, um sprachliche, kreative, motorische, musikalische und technische Begabungen zu entdecken und zu fördern. Durch eine gezielte Förderung im frühkindlichen Bereich legen wir den Grundstein für spätere Bildungs- und Karrierechancen, unabhängig von der sozialen Herkunft. Zusätzlich sollen auch spezielle Förderprogramme für Kinder mit besonderen Begabungen entwickelt werden, um ihre individuellen Stärken weiterzuentwickeln.

Beim Übergang zur Grundschule möchten wir sicherstellen, dass jedes Kind, welches eingeschult wird, über die erforderlichen kognitiven, sprachlichen und motorischen Voraussetzungen verfügt, um den Lerninhalten adäquat folgen zu können und somit nicht von Beginn der schulischen Laufbahn an durch Misserfolge geprägt wird.

Offene Ganztagsschulen zukunftssicher und vielfältig gestalten

Die FDP Essen setzt sich dafür ein, dass das Modell der Offenen Ganztagsschule (OGS) weiterentwickelt wird, um die anstehenden Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf den Rechtsanspruch ab dem Schuljahr 2026/2027, bestmöglich zu bewältigen. Der Ausbau der OGS muss mit einer klaren Strategie und Weitsicht erfolgen. Dabei darf es kein „Weiter so“ geben, sondern wir brauchen neue Ansätze, um die Qualität und die Kapazitäten in der Ganztagsbetreuung sicherzustellen.

Der kommende Rechtsanspruch auf einen Platz im Offenen Ganztag wird eine erhebliche **Ausweitung der Betreuungsplätze** und des Fachpersonals erfordern. Aus Sicht der FDP Essen ist es daher unerlässlich, alle verfügbaren Möglichkeiten zu prüfen, um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Dies bedeutet auch, die bestehende Struktur zu hinterfragen und neue Kooperationsmodelle in Betracht zu ziehen.

Mehr Vielfalt durch Trägerpluralität

In Essen wird das Ganztagsangebot im Wesentlichen durch die städtische Jugendhilfe Essen (JHE) getragen. Diese Monopolstellung ist in Nordrhein-Westfalen nahezu einzigartig. Während in vielen anderen Städten und Gemeinden eine Mischung aus öffentlichen und freien Trägern etabliert ist, setzt Essen bisher fast ausschließlich auf einen städtischen Träger. Die FDP Essen sieht dies als eine verpasste Chance an, Synergien zu nutzen und durch die Einbindung freier Träger zusätzliche Expertise und Vielfalt in die OGS zu bringen.

Eine Beteiligung freier Träger im OGS-Bereich könnte nicht nur zur Entlastung der Stadt beitragen, sondern auch mehr Flexibilität und Wahlmöglichkeiten für Eltern schaffen. Gerade im Kitabereich hat sich die **Zusammenarbeit mit freien Trägern** als erfolgreich erwiesen. Diese Vielfalt hat maßgeblich dazu beigetragen, dass viele Betreuungsplätze geschaffen und pädagogische Konzepte weiterentwickelt wurden. Diese positive Erfahrung möchten wir auch auf die Offene Ganztagsschule übertragen.

Entlastung und Chancen für pädagogisches Personal

Die Einbindung weiterer Träger im Offenen Ganztag bietet auch den Beschäftigten Vorteile. Pädagogische Fachkräfte, Erzieherinnen und Erzieher hätten die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Arbeitgebern zu wählen und von einer größeren Vielfalt an Arbeitsbedingungen zu profitieren. Dies könnte dazu beitragen, den **Fachkräftemangel** zu lindern und attraktivere Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

Wir betonen jedoch, dass es uns nicht darum geht, bestehendes Personal zu verunsichern. Die Jugendhilfe Essen ist und bleibt ein verlässlicher und attraktiver Arbeitgeber, dessen Leistungen wir sehr schätzen. Vielmehr geht es um die Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten für pädagogische Fachkräfte und um die Sicherstellung, dass die Stadt Essen auf den bevorstehenden Ausbaudruck vorbereitet ist. Der Rechtsanspruch darf nicht an starren Strukturen scheitern.

Prüfung aller Optionen statt Festhalten an alten Strukturen

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Stadt Essen alle verfügbaren Optionen ernsthaft prüft, um den Rechtsanspruch im OGS-Bereich umzusetzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass wir uns von vornherein auf nur eine Möglichkeit festlegen und andere Lösungsansätze unbeachtet lassen. Nur durch eine breite Prüfung aller Optionen können wir sicherstellen, dass die Stadt Essen den Ganztagsausbau erfolgreich und zukunftsfähig gestalten kann.

Der Vergleich mit dem Kitabereich zeigt, dass eine Zusammenarbeit zwischen der Stadt und freien Trägern durchaus erfolgreich sein kann. Durch diese **Kooperation** wurden in den letzten Jahren viele zusätzliche Kitaplätze geschaffen. Angesichts der bevorstehenden Herausforderungen wäre es fahrlässig, diese Option auch für den Offenen Ganztag nicht zu prüfen.

Unsere Forderung: Ein breiter Konsens für den OGS-Ausbau

Die FDP Essen spricht sich dafür aus, die zukünftige Ausrichtung des Offenen Ganztags gemeinsam zu gestalten. Es braucht einen breiten politischen Konsens, um den Ausbau der OGS rechtzeitig und qualitativ hochwertig umzusetzen. Wir fordern daher eine interfraktionelle und umfassende Prüfung der bestehenden **Trägerpluralität** und weiterer Ausbaumöglichkeiten vorzunehmen. Ziel muss es sein, dass alle Optionen auf den Tisch kommen und die bestmögliche Lösung für Kinder und Familien in Essen gefunden wird.

Lernleistung gezielt unterstützen und herausfordern

Die FDP steht für eine Bildungspolitik, die jedem Kind die bestmöglichen Chancen bietet. Eine **vielfältige Schullandschaft** ist dafür essenziell, und wir wollen die Qualität unserer Schulen weiter ausbauen. Eine **differenzierte Schulstruktur** ermöglicht die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, deshalb stehen wir zu einem breiten Angebot an Schulformen und Schulstandorten. Eltern sollen die freie Wahl haben, welche Schule am besten zu ihrem Kind passt. Der weiteren Etablierung von Familiengrundschulzentren (FGZ), welche zur Weiterentwicklung der Schullandschaft in Essen beitragen und Orte der Begegnung, Beratung und Bildung für Menschen im Quartier entstehen lassen, stehen wir positiv gegenüber.

Kleinere schulische Einheiten sind oft besonders attraktiv für Eltern und Schüler. Wir setzen uns dafür ein, dass diese weiterhin erhalten bleiben, wenn sie in ihrem Stadtteil nachgefragt werden. Wo es sinnvoll ist, kann das Modell eines „Bildungscampus“ realisiert werden, bei dem verschiedene Schulformen infrastrukturell zusammengelegt werden, um Synergien zu nutzen und Ressourcen effizienter zu gestalten.

Die demographische Entwicklung in Essen erfordert eine strategische Bildungsplanung, um das differenzierte Schulsystem langfristig zu stabilisieren. Wir lehnen die Neugründung von Sekundarschulen ab und fordern stattdessen eine Stärkung von **Haupt- und Realschulen** mit einem praxisorientierten Ansatz. Der Bezug zur betrieblichen Praxis muss vor allem in der Sekundarstufe I gestärkt werden. Wir unterstützen Modelle, die eine regelmäßige Verzahnung von Schule und Betrieb vorsehen, um Schüler frühzeitig auf das Berufsleben vorzubereiten.

Auch innerhalb des Lernorts Schule ist die individuelle Talentförderung ein weiteres Kernanliegen der FDP. Wir setzen uns für die flächendeckende Einführung von Talentschulen ein, die besonders begabte Schüler in spezifischen Fächern wie Mathematik, Naturwissenschaften, Sprachen, Kunst und Musik fördern. **Talentschulen** bieten maßgeschneiderte Förderangebote, die individuelle Stärken hervorheben und ausbauen. Darüber hinaus möchten wir in Essen ein „Talentkolleg“ einrichten, das Schüler mit besonderen Begabungen durch gezielte Förderprogramme auf ihrem Bildungsweg begleitet. Das **Talentkolleg** wird in enger Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten und Unternehmen agieren, um die Brücke zwischen schulischer Bildung und späteren beruflichen Perspektiven zu schlagen. Als wichtiger Bildungspartner soll hierbei auch die Junior-Universität fortan verstärkt Verantwortung übernehmen. Ergänzend sollten die Kooperationen der Schulen in Essen mit der Universität im Rahmen des „Frühstudiums“ verstärkt werden.

Für uns steht der Zugang zu Bildung für alle im Vordergrund, unabhängig von der Herkunft oder den finanziellen Mitteln der Eltern. Daher wollen wir sicherstellen, dass besonders begabte Kinder und Jugendliche die Förderung erhalten, die sie verdienen – sei es durch zusätzliche Kursangebote, individuelle Förderung im Schulalltag oder durch den Zugang zu Sportvereinen oder außerschulischen Talenteinrichtungen.

Bei der **schulischen Inklusion** sind große pädagogische wie finanzielle Herausforderungen für die Stadt Essen zu erwarten. Im Schulbereich setzen wir bei der Inklusion auf **Qualität** statt auf Tempo. Schulen und Lehrer müssen optimal vorbereitet werden, um Kinder je nach ihrem Förderbedarf bestmöglich zu unterstützen. Um Wahlmöglichkeiten für Eltern zu sichern, wollen wir ein Angebot qualifizierter **Förderschulen** der unterschiedlichsten Förderschwerpunkte in der Stadt Essen schaffen. Hier findet ein engagierter, spezialisierter Unterricht mit einem Höchstmaß an individueller Förderung statt, den es zu erhalten gilt.

Schulgebäude und Schulhöfe als Lern- und Lebensraum

Schulen müssen mehr sein als Klassen- und Fachräume. Es braucht Freiräume und Hobbyräume. Eine Anpassung des Raumkonzeptes ist dringend geboten. Miteinbezogen werden müssen unbedingt die oft sehr vernachlässigten Schulhöfe, auf denen sich kaum einer gerne aufhält. Schüler verbringen heute mehr denn je nicht nur Lernzeit, sondern auch Lebens- bzw. Freizeit in den Schulen. Die **Raumprogramme** müssen daher sehr viel mehr bieten wie beispielsweise Rückzugsorte, aber auch Orte zum Treffen und Austausch – jenseits der reinen Lernräume. Auch Orte zur Selbstentfaltung wie Schüler-Cafés sollten trotz der Raumnot wieder geboten werden können. Dies gilt aber und insbesondere für den Außenraum. Schulhöfe müssen zum Verweilen einladen, aber auch Orte für den Freizeitsport und zum Spielen bieten.

Berufliche Bildung zur Fachkräftesicherung aufwerten, Berufskollegs modernisieren

Die FDP Essen setzt sich für eine umfassende Sanierung sowie den gezielten **Neubau moderner Berufskollegs** in unserer Stadt ein. Berufskollegs sind zentrale Bildungseinrichtungen in der dualen Ausbildung und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Qualifizierung junger Menschen und zur **Fachkräftesicherung**. Neben der praktischen Ausbildung im Betrieb ist die schulische, theoretische Bildung ein elementarer Bestandteil dieses Erfolgsmodells. Wir fordern deshalb für eine **Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung** moderne, digital ausgestattete und zukunftssichere Lernorte, die den Ansprüchen heutiger Ausbildungsberufe gerecht werden und junge Talente optimal fördern.

IT-Hausmeister an Essener Schulen zur Regel machen

Wir fordern den Einsatz von außerschulischen Digitalexperten, beispielsweise aus der Essener Start-up-Szene zur Unterstützung unserer Schulen. Hierzu soll an Essener Schulen ein Regelwerk zum Einsatz von **umfassendem IT-Support** bereitgestellt und innovative Förderstrukturen gewährleistet werden. Ziel ist eine Entlastung unserer Lehrkräfte bei Wartung und Einsatz von Hardware und Softwarelizenzen, sowie der WLAN-Infrastruktur für digitalgestützten Unterricht.

Schwimmenlernen in Essen ausbauen

Die **Schwimmfähigkeit** von Kindern hat in den letzten zehn Jahren auch im Schulalter rapide abgenommen. Hier muss der Schulsport durch regelmäßige Angebote entgegenwirken. Wir wollen, dass in Essen wieder deutlich mehr Kinder schwimmen lernen. Deshalb sollen bedarfsgerecht neue Schulschwimmkapazitäten entstehen. Vorhandene Bäder müssen saniert werden, um nutzbar und ansprechend zu sein.

Ausbildung, Kinder- und Jugendsozialarbeit stärken

Eine gute Ausbildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Daher setzt die FDP auf präventive und zielgerichtete Angebote, die Jugendlichen dabei helfen, ihre Talente zu entdecken und ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Wir unterstützen die frühzeitige Berufsorientierung in Schulen, um den **Übergang von der Schule in die Arbeitswelt** reibungslos zu gestalten. Die Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur, Kreishandwerkerschaft, ehrenamtlich tätigen Vereinen wie „Paten für Arbeit“ sowie weiteren Akteuren der Jugendberufshilfe soll intensiviert werden.

Auch geht es darum, gezielte Programme zu schaffen, die junge Menschen dabei unterstützen, ihre individuellen Stärken zu entwickeln. Dies umfasst die Förderung sportlicher, kultureller und wissenschaftlicher Talente ebenso wie die Stärkung sozialer Kompetenzen. Jugendliche, die in der Schule oder im außerschulischen Bereich besondere Leistungen erbringen, sollen durch spezielle Förderprogramme ermutigt werden, ihre Talente weiter zu verfolgen. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine enge Kooperation zwischen Schulen, Jugendzentren, Sportvereinen und kulturellen Einrichtungen ein.

Wir erkennen auch die Notwendigkeit an, häuslichen Erziehungsdefiziten entgegenzuwirken, und setzen dabei auf eine stärkere **Elternbildung** sowie die Erweiterung der **Schulsozialarbeit**. Letztere darf die vorrangige Verantwortung der Eltern nicht ersetzen. Programme zur Mobbing-Prävention sollen ausgebaut werden, um sicherzustellen, dass Bildungskarrieren nicht durch Konflikte im schulischen Umfeld gefährdet werden.

Hochschule und Wissenschaft attraktiv gestalten

Essen als Hochschulstandort hat das Potential, ein Zentrum für Innovation und Forschung zu werden. Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, setzen wir uns für eine engere Kooperation zwischen Hochschule und Wirtschaft ein. Die FDP will sicherstellen, dass wissenschaftliche Talente bereits während des Studiums gezielt gefördert werden, um sie langfristig in Essen zu halten. **Kooperationsprogramme** zwischen Start-ups und der Universität sollen ausgebaut werden, um jungen Talenten praxisnahe Erfahrungen zu ermöglichen und innovative Ideen zu fördern.

Wir setzen uns außerdem für den Ausbau der Infrastruktur an Essener Hochschulen ein. Moderne Campus-Gebäude, ausreichende Parkmöglichkeiten und eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur sind wichtige Faktoren, um Essen als attraktiven **Studienstandort** zu positionieren. Auch private Hochschulen wie die FOM spielen eine bedeutende Rolle und sollen weiterhin gefördert werden.

V. Kultur, Sport und Naturschutz für eine lebenswerte Stadt

Leistungsfähige und vielfältige Kulturangebote

Kultureinrichtungen benötigen auch in Zukunft Gestaltungsspielräume und müssen leistungsfähig, gleichwohl aber bezahlbar bleiben. Um dies zu garantieren, bedürfen sie einer **wirtschaftlichen Organisation**, damit der weitere Anspruch der Haushaltskonsolidierung auch in diesem Feld nicht aufgegeben werden muss.

Die ersten Weichen dafür sind gestellt: das Aalto-Musiktheater, das Aalto-Ballett, die Essener Philharmoniker, das Schauspiel sowie die Philharmonie bilden unter dem Dach der **Theater und Philharmonie Essen (TuP)** einen der größten Theaterbetriebe und haben in den vergangenen Jahren einen finanziellen

Konsolidierungsbeitrag geleistet. Ziel der FDP ist es, zeitnah auch die Werkstätten im Theaterbereich zusammenzulegen.

Die FDP will die **Stadtteilbibliotheken** als kleine dezentrale Kulturzentren auch in Zukunft erhalten. Im **Haus der Essener Geschichte** sind sämtliche stadtgeschichtliche Archive vereint und bieten interessierten Bürgern, Geschichtsvereinen, Schulen und Hochschulen interessante Forschungsmöglichkeiten. Um das Haus der Essener Geschichte einer breiten Öffentlichkeit zu öffnen, ist das Engagement Ehrenamtlicher notwendig. Das Haus der Essener Geschichte sollte wie die Alte Synagoge, das Schloß Borbeck und weitere Kultureinrichtungen dem Kulturbüro zugeordnet werden.

Die weitere Entwicklung des Welterbes **Zeche Zollverein** als Symbol für Industriekultur und Sinnbild für das neue Ruhrgebiet findet die Unterstützung der Essener FDP. Dieser Prozess soll unter breiter Beteiligung der Bürger geschehen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Verbindung zwischen kultureller Bedeutung, dem wirtschaftlichen Potential, internationaler Strahlkraft und der Einbeziehung der umliegenden Quartiere sowie ihrer Bewohner. Das zukünftige Ziel ist es, Zollverein als Kulturdenkmal und Naherholungsgebiet weiterzuentwickeln.

Die **freie und private Kulturszene** ist ein wichtiger Faktor im kulturellen Leben der Stadt Essen. Ohne den freien Kulturbereich und private Anbieter wäre das kulturelle Angebot erheblich eingeschränkt und von weniger Vielfalt, Qualität und Quantität geprägt. Eine angemessene finanzielle Förderung der freien Kulturträger bietet Künstlern und Kulturschaffenden Möglichkeiten zur Entfaltung. Die FDP setzt sich dafür mit dem dennoch nötigen finanziellen Augenmaß in den zuständigen Gremien ein.

Durch viele Initiativen und Projekte verbessert sich das kulturelle Angebot der Stadt und damit die Lebensqualität. Diese **kulturelle Vielfalt** muss daher bewahrt werden. Dazu ist auch eine enge Kooperation der kulturellen Einrichtungen und Anbieter in der Ruhrregion erstrebenswert. Auch **private Kultureinrichtungen** müssen gefördert werden. Ihr Wettbewerb mit den subventionierten öffentlichen Anbietern ist notwendig. Wir wollen ein Kulturangebot, das von allen Bürgern mitgestaltet und getragen wird.

Stärkung der örtlichen Sportvereine

In der Stadt Essen gibt es rund 470 Sportvereine mit ungefähr 130.000 Mitgliedern. Die Sportvereine nehmen dabei wichtige gesellschaftliche Funktionen wahr, indem sie Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft und sozialen Hintergrunds zusammenbringen. Der organisierte Sport, bestehend aus Leistungssport und Breitensport, schafft **Gemeinsamkeit und Identifikation** in unserer Stadt. Hinzu kommen Zehntausende Freizeitsportler, die in unserer Stadt etwas für ihre Gesundheit tun. Als FDP unterstützen wir die Sportvereine und Sportler darin, ihren Sport ausüben zu können. Dazu braucht es eine bedarfsgerechte und transparente Sportentwicklungsplanung.

Wir werden die Freizeitqualität unserer Kommune erhalten und ausbauen, denn attraktive **Sport- und Freizeitmöglichkeiten** machen unsere Kommune lebenswert und sind als weicher Standortfaktor auch wichtig für die Neuansiedlung von Unternehmen und den Zuzug von Bürgern.

Sport bietet eine wichtige Abwechslung im Alltag, schafft Perspektivwechsel und bereitet Freude. Er dient der eigenen Gesundheitsvorsorge, dem Austausch der Kulturen und vermittelt Werte wie Fairness, Akzeptanz von Regeln und Achtung des sportlichen Gegners. Wer Sport treibt, hat oft eine höhere **Lebensqualität**. Die FDP setzt sich daher für die Bereitstellung, Pflege und Nutzung vielfältiger Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtungen ein.

Kommunale und von Vereinen getragene private **Sportstätten** ergänzen sich wechselseitig in der Essener Angebotslandschaft. Erfolgreiche Sportvereine und Sportler benötigen für die Ausübung ihrer Sportarten

funktionsfähige, attraktive und moderne Sportstätten. Die FDP will private Investoren ermutigen, in Sportstätten zu investieren und auch neue zu errichten. Dazu werden wir dafür sorgen, dass die Genehmigungsprozesse innerhalb der Stadtverwaltung schneller, unkomplizierter und pragmatischer werden. Auch hier können öffentlich-private Partnerschaften (PPP) bei der Errichtung städtischer Sporteinrichtungen Anwendung finden. PPP-Modelle sind Kooperationen von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft bei der Konzeption, Planung, Erstellung, Finanzierung, dem Management und dem Betrieb von Anlagen. Zur verbesserten Finanzierung wünschen wir uns zudem kreative Finanzierung- und Sponsoringmodelle für Sportstätten, beispielsweise auch durch Crowdfunding.

Die administrativen Strukturen und langen Entscheidungswege innerhalb der Stadtverwaltung sind für unsere Sportvereine oft ein Hindernis und Ärgernis. Die FDP fordert daher eine Straffung und Bündelung von Prozessen und Kompetenzen in der Verwaltung. Sportvereine und ihre ehrenamtlichen Helfer benötigen schnelle und möglichst unbürokratische Unterstützung. Dazu kann auch die Digitalisierung der Sportfachverwaltung beitragen. Ein digitales Belegungssystem und ein funktionierender Mängelmelder mit zugehörigem Rückmeldesystem für unsere städtischen Sportanlagen sind für uns dringend benötigte Werkzeuge, die die Vereinsarbeit erleichtern.

Ein wichtiger Partner bei sportfachlichen Belangen in unserer Stadt ist der Essener Sportbund e.V. (ESPO), der seine Aufgaben unbeeinträchtigt wahrnehmen können soll und bei sportfachlichen Themen Gehör verdient.

In den vergangenen Jahren ist es auf verschiedenen städtischen Sportanlagen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen unter Sportlern, aber auch mit Zuschauern gekommen. Gewalt darf im Sport keinen Platz haben. Daher unterstützen wir **gewaltpräventive Maßnahmen** und fordern die Vereine und Verbände gerade im Fußball auf, zu handeln.

Die Kinder- und Jugendarbeit der **Sportvereine** sollte aus der Sicht der FDP gestärkt werden. Sportvereine leisten einen wertvollen Beitrag in diesem Bereich. Durch sie werden Kinder und Jugendliche in ihrer gesundheitlichen Entwicklung gefördert, die Integration von Minderheiten gelebt und das Sozialverhalten eingeübt. Die FDP setzt sich daher für Partnerschaften von Sportvereinen, Schulen und kommunalen Institutionen ein. Sportvereine sind ein gleichberechtigter Partner für die Entwicklung regionaler Bildungsnetzwerke. Die FDP wünscht sich, dass E-Sport-Veranstaltungen und Turniere auf Essener Boden durchgeführt werden und zur Attraktivität der Stadt beitragen. Gleichwohl darf eine Reduzierung auf Trendsportarten nicht stattfinden.

Die FDP spricht sich für die Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region zur Ausrichtung der **Olympischen Spiele 2040** aus. Die bereits vorhandene Sportstätteninfrastruktur bietet eine ideale Voraussetzung dafür.

Naturschutz, Jagd und wirksamer Umweltschutz statt Verbotspolitik

Liberale sehen den Menschen als Teil der Natur, nicht als Gegner der Umwelt. Bei den Herausforderungen zum Schutz der **natürlichen Lebensgrundlagen** setzen die Liberalen auf den menschlichen Erfindungsgeist und den Wettbewerb um die besten Ideen, Techniken und Wege, um einen ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt zu ermöglichen.

Wir setzen uns für einen verstärkten Forst mit Wildtieren ein und unterstützen deshalb **Wiederaufforstungsmaßnahmen. Invasive gebietsfremde Arten** wildlebender Tiere haben sich in Essen in den letzten Jahren verstärkt angesiedelt, zuletzt Waschbären, Nutrias sowie Kanada- und Nilgänse. Sie verdrängen heimische Arten, gefährden die biologische Vielfalt, verunreinigen unsere Naherholungsräume und bringen neue Krankheiten in unsere Stadt. Ihre **Bestandsregulierung und Entnahme** erfordert Handlungswillen und ist in dem Umfang vorzunehmen, wie es der Bevölkerungs-, Hochwasser- und Artenschutz erfordert. Die Stadt

muss sich mit einem **ganzheitlichen Wolfsmanagement** auf zunehmende Konflikte bei Begegnungen von Bürgern mit Wölfen und den daraus resultierenden Schutzbedarf, unter anderem für Weidetiere, frühzeitig vorbereiten.

Das Essener **Tierheim** übernimmt die städtische Aufgabe der Versorgung von Fundtieren und benötigt dafür von der Stadt die hierfür erforderlichen Mittel. Spenden an das Tierheim sollen einer Verbesserung der Gesamtsituation dienen, dürfen aber nicht die Voraussetzung für dessen Betrieb sein. Die Stadt muss ihren Pflichten dauerhaft nachkommen und für Planungssicherheit sorgen.

Das freie Aussetzen von Haustieren kostet ihre Gesundheit und schlimmstenfalls ihr Leben. Wir regen daher eine Art **„Babyklappe für Tiere“** im Tierheim an, verbunden mit einem Melder bei ehrenamtlich Tätigen, die sich dann auch nachts um eine Aufnahme kümmern können.

In der Natur ist insbesondere in der Setzzeit an eine Leinenpflicht für Hunde zu denken, da gerade im Essener Süden immer wieder **junge Wildtiere** von freilaufenden Hunden in Zäune getrieben oder totgebissen werden. Vernünftige Hundehalter entfernen die Häufchen. Dies sollte auch dadurch unterstützt werden, dass im Stadtgebiet mehr Tütenspender zur Verfügung gestellt werden. Auch private Sponsoren wollen wir für eine kostenlose Tütenabgabe gewinnen.

Eine **Symbolpolitik** ohne echten nachhaltigen Nutzen für die Umwelt, wie zum Beispiel eine vollflächige Umweltzone, sollte nicht eingerichtet werden. Ein umweltschonendes Verhalten aufgrund eigener Einsicht und eigenen Verantwortungsbewusstseins bringt langfristig häufig mehr als reine Verbotspolitik.

Die FDP Essen steht für ein vernunftsbezogenes Verhältnis von Klima-, Natur- und Umweltschutz und ebenso für zuverlässige und bezahlbare nachhaltige Energieversorgung. Die Lösung globaler Umweltherausforderungen, wie zum Beispiel beim Klimaschutz, ist dort in Angriff zu nehmen, wo mit den vorhandenen Mitteln das meiste erreicht werden kann. Auf kommunaler Ebene erfordert Klimaschutz insbesondere Maßnahmen zur Klimaresilienz. Die zukünftig zu erwartenden Herausforderungen der Energieversorgung in unserer Region wollen wir mit technologieoffener Innovation begegnen. Essener Unternehmen und Institute und ihre Beschäftigten verfügen über hervorragendes Knowhow auf diesem Gebiet, Essen sollte daher zur Energiehauptstadt Deutschlands werden.

Die Stadt Essen ist gesetzlich verpflichtet, bis zum 30. Juni 2026 einen **Kommunalen Wärmeplan (KWP)** zu erstellen. Dazu ist die Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (EVV) mit der Steuerung für den Strategieprozess beauftragt worden. Ziel ist es, den KWP für die Stadt Essen bis Ende 2025 fertigzustellen. Im Anschluss erfolgt ein politischer Willensbildungsprozess; die Verabschiedung der Wärmeplanung soll bis Mitte 2026 erfolgen. Dazu gehört ein breit angelegter öffentlicher Konsultations- und **Partizipationsprozess**. Die FDP fordert, dass in diesem Verfahren die Versorgungsrisiken und politischen Zielkonflikte allen Bürgern transparent dargestellt werden: Dazu gehören einerseits mögliche Beschaffungslücken und erwartbare Einschränkungen in einzelnen Stadtquartieren und auch notwendige Infrastrukturmaßnahmen sowie andererseits Kosten- bzw. Finanzierungslasten für die Stadt und für die Bürger.

Ehrenamt und Generationendialog unterstützen

Wir bauen auf den mündigen Bürger. Die **freie Bürgergesellschaft** lebt von seiner individuellen Stärke, seiner Bereitschaft, Verantwortung für sich und seine Mitbürger zu übernehmen, seinem Engagement, **alleine oder in freiwilliger Gemeinschaft** mit anderen. Die Bürgergesellschaft entsteht vor Ort aus dem Miteinander und Füreinander mündiger Individuen. Wir alle profitieren vom Einsatz Ehrenamtlicher in unserer Stadt.

Die FDP setzt auf das friedliche Miteinander aller Generationen in ihren Stadtteilen. Alle Probleme sollen möglichst bürgernah vor Ort geregelt werden. Hierzu unterstützt die FDP das ehrenamtliche Engagement,

Nachbarschaftsprojekte und die Aktivitäten im Vereinsleben. Gerade die **Ehrenamtlichkeit** leistet einen entscheidenden Beitrag, dass soziale Hilfen und Unterstützung für die Bedürftigen in der Gesellschaft dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Stadtbelebung durch Erreichbarkeit, Sauberkeit und Sicherheit

Essen braucht wieder eine l**ebendige Innenstadt mit Aufenthaltsqualität** sowie den Erhalt vitaler Mittel- und Stadtteilzentren mit ihrer Nahversorgungsfunktion. Auch die nördlichen Stadtteile sollen an Attraktivität gewinnen.

Auf dem Weg dorthin sollte überprüft werden, an welchen Stellen die **Erreichbarkeit** der innerstädtischen Unternehmen und Wohnungen durch eine Teilöffnung gesperrter Flächen verbessert werden kann. Unser Ziel ist es, Bürger in Essen verkehrstechnisch nicht nur um die Innenstadt herumzuführen, sondern hineinzulassen, um die Zugänglichkeit, Verweildauer und Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Das bedeutet, dass Zentren und Vorortzentren wieder erlebenswert werden, wenn zugleich das aktuell an vielen Stellen fehlende Ambiente entsteht. Eine **Einkaufsstadt** sollte den Mobilitätsbedürfnissen potentieller Kunden gerecht werden und darf Autos nicht auf die grüne Wiese verbannen.

Wir wollen die nördliche Innenstadt als Kneipen- und Szeneviertel entwickeln. Dazu ist es erforderlich, die Sicherheit und Sauberkeit deutlich zu verbessern. Für ein umfassenderes Verständnis von Attraktivitätssteigerung der Stadtmitte darf nicht allein die Einkaufsfunktion betrachtet werden. Die Innenstadt muss stärker als **Wohnbereich entwickelt** werden. Dazu gehört es, sowohl das Wohnraumangebot als auch die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern.

Insbesondere ist auch die Attraktivität der nördlichen Stadtteile zu steigern. Wir wollten dazu aktiv beim **Stadtumbau** gerade in Problemvierteln mitwirken und problematische Quartiere aufwerten mit neuen Ideen, mutigen Visionen und den dafür notwendigen Ressourcen.

Aktivierende Sozialpolitik

Die Essener FDP steht für eine moderne, unbürokratische, faire und chancenorientierte Grundsicherung für diejenigen, die zwingend darauf angewiesen sind. Wir setzen uns für eine Stadt ein, welche Bedürftigkeit auffängt und neue Lebenschancen schafft. Individuelles Ziel muss sein, sich aus der **Abhängigkeit von Transferleistungsbezug zu befreien.**

Gerade deshalb ist in Essen die konsequente Bekämpfung von **Sozialleistungsmissbrauch** ein wichtiger Indikator für eine verantwortungsvolle Sozialpolitik. Unterstützende Leistungen müssen den Menschen zugutekommen, welche diese tatsächlich benötigen – nicht denen, die das System ausnutzen. Wir fordern daher eine striktere Überprüfung der Anspruchsberechtigung und die **Einführung schärferer Kontrollen**, um Missbrauch aufzudecken und zu verhindern. Insbesondere bei Leistungen für Kinder muss sichergestellt werden, dass die Gelder ausschließlich für deren Wohl und Förderung eingesetzt werden.

Um der gestiegenen, unrechtmäßigen Inanspruchnahme von Sozialleistungen entgegenzutreten, soll die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Behörden und sozialen Einrichtungen gestärkt werden. Dies umfasst auch den Ausbau digitaler Systeme zur besseren Erfassung und Kontrolle von Daten, um Missbrauchsfälle schneller zu identifizieren und zu ahnden. Bei nachweislichem Missbrauch sollten klare und konsequente Sanktionen verhängt werden. Dies könnte eine Kürzung oder vollständige Streichung der Sozialleistungen nach sich ziehen sowie rechtliche Konsequenzen beinhalten.

Der Grundsatz „Fördern und Fordern“ muss noch konsequenter angewandt werden. Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität sind die Leitprinzipien, die wir in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stärker

verankern wollen. Unabhängig von Herkunft, finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses oder persönlicher Lebenslage möchten wir die Selbstbestimmtheit sowie finanzielle Unabhängigkeit jedes Einzelnen stärken und dafür Sorge tragen, dass jeder durch individuelle Leistung und Anstrengung die Möglichkeit erhält, sein Potential voll entfalten zu können.

Noch immer liegt in Essen die Quote der Empfänger von existenzsichernden Leistungen mit 18% deutlich über dem Landesdurchschnitt. Wir fordern deshalb durch zielgerichtete Programme echte Perspektiven für den **Ausstieg aus dem Transferleistungsbezug** und den Weg zu einem finanziell-unabhängigen Leben zu fördern, anstelle durch wachsende Alimentierungen Fehlanreize zum Missbrauch der Solidargemeinschaft zu schaffen.

Frauen, die von häuslicher oder sexualisierter Gewalt betroffen sind, benötigen schnellen, diskreten und verlässlichen Schutz. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechende Einrichtungen wie Frauenhäuser und Notrufangebote langfristig abgesichert, bedarfsgerecht ausgestattet und eng mit der kommunalen Präventionsarbeit verknüpft sind. Zugleich erwarten wir, dass auch bei Hilfeleistungen Eigenverantwortung und Perspektivförderung im Mittelpunkt stehen.

Selbstbestimmt leben und den demographischen Wandel gestalten

Die Gesellschaft in der Stadt Essen wird zunehmend heterogener. Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben ist Toleranz gegenüber anderen Lebensstilen und Orientierungen. Die FDP ist eine weltoffene Partei, sie tritt daher beispielsweise seit langem für ein **selbstbestimmtes Leben** ein. Unsere Stadt lebt von Vielfalt und gegenseitigem Respekt. Menschen sollen sich in Essen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität frei und sicher entfalten können. Auch die gesundheitliche Aufklärung muss mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, bestehende Informations- und Testangebote zu sexueller Gesundheit zugänglich zu halten und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Wir sind ferner auf dem Weg zu einer **Gesellschaft des langen Lebens.** Die Bedeutung der älteren Bürger nimmt in Wirtschaft und Gesellschaft zu. Engagement für und von älteren Menschen ist eine Bereicherung für alle. Dazu gehört die Erweiterung der Möglichkeiten für ältere Menschen zur Mitgestaltung und Mitentscheidung in der Kommune. Eine funktionierende Sozialpolitik in unserer Stadt schließt daher auch die **Seniorenpolitik** mit ein. Mit rund 140.000 Essenern ist fast ein Viertel der Bevölkerung älter als 65 Jahre; davon sind mehr als 57.000 Haushalte mit alleinstehenden Personen.

Die FDP will **Mehrgenerationenhäuser** fördern und eine ausreichende Anzahl von Versorgungs-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen sicherstellen. Wir achten auf eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ebenso wie auf ein vielfältiges Angebot von Freizeitaktivitäten, die auch ältere Menschen ansprechen.

Viele möchten im Alter ihre Erfahrung weitergeben und sich in unser Gemeinwesen einbringen. Ihr Engagement für unser Zusammenleben ist ein Gewinn für alle. Wir unterstützen beispielsweise Projekte wie Nachmittagsbetreuung in Schulen und Kindergärten, Patengroßeltern für Familien oder **Berufspatenschaften** für Jugendliche beim Berufseinstieg.

Die FDP stellt sich dem **demographischen Wandel** und den damit verbundenen Herausforderungen in unserer Stadt. Wir brauchen eine Politik, die die Bedürfnisse der verschiedenen Lebensabschnitte der Bürger berücksichtigt. Senioren sind heute viel beweglicher als je zuvor. Daher ist ein Erhalt der Gesundheit der Schlüssel zu mehr Lebensqualität im Alter. Die Stadt Essen sollte sich positiv zur steigenden Lebenserwartung bekennen und einen Ausbau des Dienstleistungssektors für eine mögliche Steigerung der Lebensqualität unterstützen. Der Trend geht auch dahin, dass ältere Mitbürger zunehmend in ihrem vertrauten Wohnumfeld

bleiben wollen. Da die Selbstversorgung nicht immer bis ins hohe Alter gegeben ist, müssen Angebote zur Unterstützung geschaffen werden.

Wir möchten Essen zu einer **Generationenstadt** entwickeln. Dazu bedarf es in allen Stadtteilen generationenübergreifender und auch spezifischer Angebote für unsere Bürger. Barrierefreiheit ist wichtig bei der Erledigung von notwendigen Behördenangelegenheiten. Aber auch im Alltag bedarf es gegenseitiger Rücksichtnahme miteinander und Unterstützung füreinander. Diese Tugenden müssen stärker im Mittelpunkt unserer Gesellschaft stehen.

Ziel der FDP ist eine **seniorenfreundliche Stadt,** bei der die Themen selbständiges und barrierefreies Wohnen, Förderung von Gesundheits-, Kultur- und Freizeitangeboten sowie lebenslanges Lernen im Mittelpunkt stehen. Der Leitspruch liberaler Seniorenpolitik lautet „Lieber gemeinsam statt einsam“ und ist die Aufgabe der heutigen Zeit. Wir wollen **den Problemen ungewollter Einsamkeit** in unserer Gesellschaft entgegenwirken.

Impressum

FDP Essen, Alfredistraße 31, 45127 Essen
Mail: fdp_essen@t-online.de
Internet: www.fdpessen.de